

Sekretariat: Hallwylstr. 29, 8004 Zürich
Telefon: 044 245 90 00
Telefax: 044 241 72 42
e-mail: sjenni@spzuerich.ch
Internet: www.spzuerich.ch
Datum: 04. Juni 2009/sj

Der Krise begegnen – aus der Krise lernen

Medienmappe

- Nicolas Galladé, Fraktionspräsident SP
- Raphael Golta, Kantonsrat SP
- Benedikt Gschwind, Kantonsrat SP
- Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin SP
- Claudia Nielsen, Gemeinderätin SP Stadt Zürich

Ausgangslage Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

Nicolas Galladé, Fraktionspräsident SP

Im Mai 2008 – also vor einem Jahr – hat der Kantonsrat das Dringliche Postulat Götsch „Folgen der Finanzmarktkrise für den Kanton Zürich“ abgelehnt. Darin forderte die SP Szenarien und Handlungsmöglichkeiten des Kantons im Umgang mit der Finanzmarktkrise und der daraus folgenden Wirtschaftskrise. Die Regierung ging damals noch von einer „positiven“ Konjunkturentwicklung aus und den Geschäftsverlauf der Grossbanken bezeichnete sie als „unsicher.“ Die bürgerlichen Fraktionen haben die Gefahr einer Krise schlicht in Abrede gestellt. Das Nachdenken über staatliche Massnahmen wurde vom FDP-Sprecher gar als „sozialistische Vollkasko-Mentalität“ bezeichnet.

Die letzten 12 Monate haben der SP – leider! – recht gegeben. Sogar bürgerliche Parteien und der Regierungsrat gestehen ein: Die Krise ist da. Und schlägt voll auf die Realwirtschaft und den Werkplatz durch¹. Die bürgerlichen Fraktionen beschränken sich nun darauf, den Aufwand reduzieren zu wollen – als wäre der Finanzhaushalt der einzige Leidtragende der Krise. Die Regierung drückt sich um konkrete Aussagen und hofft, die Krise aussitzen zu können. Die SP hingegen hat vom Beginn der Krise an mit Vorstössen und Budget-Anträgen mögliche Wege im Umgang mit der Krise aufgezeigt.²

Wir wollen – ein Jahr nach der Ablehnung des Postulats Götsch – die Gelegenheit wahrnehmen, um die von uns geforderten Massnahmen in einen breiteren Zusammenhang einzubetten. Neben den schon eingebrachten Vorschlägen präsentieren wir hier neue Vorschläge. Weitere werden folgen, nicht zuletzt in der Budgetdebatte vom kommenden Dezember.

Wir fordern eine Kantonsratssitzung, die sich vor der Sommerpause mit der Wirtschaftskrise in einer Grundsatzdebatte befasst und die damit im Zusammenhang stehenden Traktanden behandelt. (s. Anhang)

Die Krise hat auf die Wirtschaft durchgeschlagen und lässt sich nicht mehr ignorieren.

Die Prognosen für das Jahr 2009 gehen für die Schweiz von einem wirtschaftlichen Rückgang von 2 bis 3 % aus. Für das Jahr 2010 schwanken die Prognosen zwischen einem leichten Minus und einem leichten Plus. Tendenziell ist der Wirtschaftsraum Zürich besonders stark betroffen (Die Abhängigkeit der Beschäftigung von konjunkturellen Schwankungen ist im Kt. ZH ausgeprägter als im Schweizer Mittel³).

Skepsis bleibt angesagt, wo im Verlauf der Krise wir uns zurzeit befinden. Zum Zeitpunkt der Krise sind diese Fragen immer umstritten, entsprechend gehen die Annahmen und Prognosen sehr weit auseinander und die sich wandelnden Prognosen der letzten 12 Monate haben gezeigt, wie schwierig das Ausmass der Krise abzuschätzen ist.

Es ist jedoch zu befürchten, dass die Schweiz und der Kanton Zürich vor einer längeren Rezession stehen. Darüber hinaus ist es denkbar, dass der Finanzplatz Zürich auch längerfristig von der Krise getroffen wird und ein Teil der Arbeitsplätze im Finanzsektor über die Rezession hinaus verloren geht.

Fest steht für die SP: Wir müssen jetzt handeln und die Krise ist erst ausgestanden, wenn der Finanzplatz stabilisiert ist, die Wirtschaft real wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die strukturellen Folgen der Krise behoben sind.

Im Folgenden werden wir die für uns fünf zentralen Säulen einer wirkungsvollen Krisenbewältigungsstrategie aufzeigen.

Beilagen:

- Dringliches Postulat Götsch: Folgen der Finanzmarktkrise für den Kt Zürich (138/2008)
- Dringliches Postulat Attenhofer: Aus der Finanzkrise lernen (334/2008)
- Vorgehen Sonderdebatte

¹ Interview mit Johann Schneider-Ammann, Tages-Anzeiger, 28. Mai 2009, S. 19.

² Dringliches Postulat Attenhofer: „Aus der Finanzkrise lernen.“

³ Standortbericht der VD, S. 11.

Der Krise begegnen – aus der Krise lernen

Raphael Golta, Kantonsrat SP

Die Krise hat vielfältige Folgen. Diesen ist mit kurzfristigen und langfristigen Massnahmen zu begegnen. Ziel muss es sein, gegen die Krise anzukämpfen, ihre negativen Auswirkungen zu lindern, gestärkt aus der Krise hervorzugehen und die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die Massnahmen bauen auf 5 Säulen auf:

1. Konjunktur stützen: Investitionen vorziehen, Kaufkraft stärken (*kurzfristig*)
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Krise verbessern (*kurzfristig*)
3. Von der Krise unmittelbar betroffene Menschen unterstützen (*teils kurzfristig, teils langfristig*)
4. Den Strukturwandel und die Diversifikation des Standorts Zürich aktiv begleiten (*langfristig*)
5. Reform des Finanzsektors (*langfristig*)

1. Säule: Konjunktur stützen: Investitionen vorziehen, Kaufkraft stärken (*kurzfristig*)

Die Konjunktur muss im Kanton Zürich für die Dauer der Krise durch zusätzliche Ausgaben gestützt werden. Entsprechende Massnahmen sollten möglichst schnell und vorübergehend wirken. Hier ist vor allem die Regierung gefordert: Sie hat es in der Hand, entsprechende Massnahmen ohne grossen Zeitverlust umzusetzen. Diese Möglichkeit nimmt die Regierung noch zuwenig wahr. Das Parlament kann vor allem im Rahmen des Budgets die richtigen Weichen stellen.

Staatsausgaben als Stabilisator der Konjunktur nutzen, auf Sparprogramme verzichten

Bürgerliche Politiker sprechen zwar gerne von Stabilisatoren, aber den wichtigsten Stabilisator im Wirkungsbereich des Kantons Zürich wollen sie möglichst durch Sparprogramme zurückfahren. Dies ist der falsche Weg. Sparprogramme müssen verhindert werden.

Wenn sich Defizite in der Planung abzeichnen, so muss das Haushaltsgleichgewicht für die Dauer der Krise aufgeschoben werden. Dies ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften machbar. Eine mögliche Massnahme war Bestandteil des Sanierungsprogramms 04: Dort wurde eine Steuerfusserhöhung in die Planung eingestellt, die danach nie umgesetzt wurde. Dieser und andere Planungstricks schaffen Handlungsspielräume, die wir nutzen sollten.

Gebäudesanierung privater und öffentlicher Bauten müssen forciert werden

Die in der Motion „Energetische Investitionen bei kantonalen Gebäuden“ von Monika Spring (140/09) geforderten Sanierungen öffentlicher Bauten könnten von der Regierung zügig an die Hand genommen und in kürzester Zeit umgesetzt werden.

In einer KEF-Erklärung haben wir zudem die Erhöhung des Rahmenkredits zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien gefordert.

Baureife Projekte vorziehen

Die Bauprojekte des Kantons müssen forciert werden. Die Regierung hätte einen grossen Spielraum, den sie nicht wahrzunehmen bereit ist. Zu den betroffenen Projekten gehören die Kantonsschule Büelrain, der Neubau der Sporthallen in der Berufsschule Horgen, die 5. Bauetappe Uni Irchel oder die Umnutzung der Laborgebäude am Standort Technikumstrasse in Winterthur. Gemäss unserem aktuellen Wissensstand werden diese Projekte eher aufgeschoben, als dass sie zügig umgesetzt würden.

Ebenfalls zu überprüfen ist, bei welchen kantonalen Gebäuden – neben dem Unispital – in den nächsten Jahren ein Sanierungsbedarf besteht. Auch für Sanierungsarbeiten ist jetzt der richtige Moment.

Schon in der Debatte zum Budget 2009 haben wir Anträge im Bereich der Bauinvestitionen gestellt. Wir werden versuchen, den Druck aufrecht zu erhalten.

Kalte Progression 2010 ausgleichen

Hätten wir den Ausgleich (wie im AL/SP/GP-Vorstoss gefordert) für 2009 vorgenommen, so würde dies immerhin 150 Millionen Franken an zusätzlicher Kaufkraft ausmachen. Wir erwarten, dass die kalte Progression zumindest auf 2010 ausgeglichen wird.

Steuern nur dort senken, wo die Kaufkraft für die breite Bevölkerung gestärkt wird

Das konstruktive Referendum der SP zur Entlastung breiter Bevölkerungsschichten setzt am richtigen Ort an. Im Gegensatz zum kantonsrätlichen Steuerpaket kommt die Entlastung denjenigen Bevölkerungsschichten zugute, die das Geld auch wieder in den Konsum einbringen.

Noch eine Bemerkung zum immer wieder aufgebrauchten Vorwurf, dass unser Problem im Export liege und nicht im Konsum oder im Bau und wir deshalb eben machtlos seien. Die jüngsten Seco-Zahlen zeigen klar, dass auch der Bau und der Konsum stottern. Und genau hier können und müssen wir etwas tun!

2. Säule: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in der Krise verbessern (kurzfristig)

Mit der Dauer der Krise verschärft sich die Kredit- und Liquiditätssituation für grössere und kleinere Unternehmen. Hier ist insbesondere die ZKB gefordert.

Die ZKB muss die Kreditversorgung für KMU sicherstellen und Notleidende mit Krediten stützen

Auch wenn zurzeit in der Schweiz nicht – vielleicht auch noch nicht – von einer Kreditklemme gesprochen wird, so gilt es der Kreditsituation von kleinen und mittleren Unternehmen dennoch besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Viele KMU haben mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen – hier ist die ZKB als Staatsbank gefordert. Die Ausrede zur Nicht-Gewährung eines Kredites ist schnell zur Hand: Man könne und wolle keine Strukturerehaltung betreiben. Wir erwarten in Zeiten der Krise von der ZKB einen Sonder-Effort, wenn Gedeih und Verderb eines KMU von einem Kredit abhängt! Auch darf die Aufnahme von Krediten nicht zusätzlich durch verschärfte Konditionen erschwert werden. Zudem wird es für viele KMU vermehrt zu notleidenden Krediten kommen. Hier verlangen wir von der ZKB Fingerspitzengefühl, damit die entsprechenden Unternehmen weiter bestehen können.

Erstes Ziel muss es sein, möglichst vielen Unternehmen ein Überleben in der Krise zu ermöglichen.

Die ZKB und andere Banken investieren unglaublich viel Energie und Kreativität in die Erschaffung neuer Finanzmarktprodukte. Ich wünschte mir manchmal die gleiche Energie und Kreativität, wenn es darum geht, neue Instrumente und Wege zu finden, um kleine und mittlere Unternehmen im Wirtschaftsraum Zürich zu finanzieren und zu stärken – von der Kreditprüfung bis hin zur Finanzierungsform.

Die ZKB muss bei Konsortialkrediten in die Bresche springen

Grosskredite sind aufgrund der Situation der Grossbanken und des Rückzuges ausländischer Banken schwieriger zu beschaffen und teurer als noch vor der Krise – die betroffenen Unternehmen müssen teils grosse Zinsaufschläge in Kauf nehmen. Hier muss die ZKB an tragbaren Lösungen mitarbeiten.

Erst ein sich beruhigender Finanzmarkt wird zeigen, welche Banken zur Vergabe solcher Kredite langfristig noch im Stande sind.

Konversion gefährdeter Branchen unterstützen

Vom Umbruch in der Automobilbranche sind auch deren Zulieferer bei uns betroffen. Diese Unternehmen müssen bei ihrer Neuorientierung in neue Technologien – insbesondere in Umwelttechnologien – unterstützt werden – sei es durch Finanzierungshilfen oder auch durch Know-how.

Die SP wird in der für die ZKB zuständigen parlamentarischen Aufsichtskommission – wo nötig aber auch mit parlamentarischen Vorstössen – die Bank auf diese Ziele einschwören.

3. Säule: Von der Krise unmittelbar betroffene Menschen unterstützen (teils kurzfristig, teils langfristig)

Benedikt Gschwind, Kantonsrat SP

Die SP hat nicht nur die übergeordneten Interessen von Staat und Wirtschaft vor Augen, sondern auch diejenigen der einzelnen Menschen, die sich in der Arbeitswelt bewegen. Sie können von der Krise ganz unmittelbar betroffen werden. Ende April waren 25000 Menschen im Kanton Zürich als arbeitslos gemeldet. Diese Menschen müssen unterstützt werden – sowohl in ihrer aktuellen Situation wie auch in ihrer beruflichen Perspektive.

Wir sind uns bewusst, dass die konzeptionellen Fragen der Arbeitslosenversicherung und auch anderer Instrumente auf Bundesebene angegangen werden müssen. Trotzdem hat der Kanton durchaus einen Spielraum, den er nutzen soll.

Arbeitslose brauchen Massnahmen, die

- ihre Existenz weiter sichern (ALV, Sozialhilfe, Entschädigungen aus Sozialplänen)
- die berufliche Neuorientierung erleichtern.

Bei den Massnahmen für die Erleichterung der beruflichen Neuorientierung sehen wir Reformbedarf. Grundsätzlich braucht es eine zielgruppengerechte Sichtweise – das AWA predigt heute das Gegenteil unter dem Vorwand der Gleichbehandlung von allen Arbeitslosen. Jugendliche, LehrabgängerInnen und Arbeitnehmende mit Berufserfahrung haben unterschiedliche Bedürfnisse. Deshalb haben wir auch verschiedene Vorstösse eingereicht:

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

- DP Berufsbildungsfonds (131/09) – rasche Umsetzung des Volksentscheids
- DP Zweijährige Berufsausbildung mit Attest in der kantonalen Verwaltung (129/09).
- Anfrage Anschluss an Arbeitsmarkt nach der Lehre (61/09).
- DP Weiterbeschäftigung Lehrabgänger der kantonalen Verwaltung (130/09)
- Weitere Vorstösse sind in Vorbereitung.

Hilfen für berufliche Neuorientierung bei Arbeitslosen mit Berufserfahrung

Postulat 162/2009 „Coaching für Erwerbslose mit längerer Berufserfahrung“

„Es bringt nichts, einen Informatiker mit zwanzig Jahren Berufserfahrung in einen Word-Kurs zu schicken.“

Weiterbildung fördern

Motion 158/2009 Rahmenkredit Bildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen und -abgänger: 100 Millionen für die Höhere Berufsbildung im Kt. Zürich (Margreiter/Gerber Rüegg/Derisiotis)

Es braucht einen Anreiz für die berufliche Weiterbildung. Bildungsgutscheine sind sehr zielgruppenorientiert. Positive Erfahrungen im Kanton Genf.

Überlegungen zum Instrument Kurzarbeit

- wichtiges Instrument, verhindert übereilten Stellenabbau aus konjunkturellen Gründen. Verlängerung auf 24 Monate sinnvoll. KOF-Studie: Problem, dass Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Überkapazitäten in der Praxis oft nicht einfach ist (untersuchter Zeitraum KOF-Studie 2001-2003!).
- Im Dienstleistungssektor ist das Instrument zu wenig bekannt. Es braucht mehr gezielte Öffentlichkeitsarbeit durch das AWA.
- Anreize zur Weiterbildung bei Kurzarbeit/Bereitstellung eines Angebots, insbesondere für KMU:
 - Wenn Arbeitnehmende Kurzarbeit leisten müssen, ist es wichtig, diese Zeit für die Weiterbildung zu nutzen. In dieser Zeit können Mitarbeitende z.B. im Umgang mit neuen Technologien geschult werden. Dies erlaubt einen Knowhow-Gewinn für die betroffene Firma und stärkt die Position der Angestellten auf dem

Arbeitsmarkt. Vor allem im Hinblick auf neue umweltfreundliche Technologien ist ein Wissensvorsprung wichtig, um konkurrenzfähig zu werden bzw. zu bleiben.

- Beispiele Industrie: Einsatz und Bedienung von neuen Maschinen, Technologien, neuen Werkstoffen.
- Beispiel Bau / Baunebengewerbe: Schulung im Umgang mit neuen Standards und Materialien wie Dämmstoffen, Fertigbeton, aber auch neuen Lüftungs- und Heizsystemen, Einbau von Erdsonden und Sonnenkollektoren etc.
- Administration: IT, Arbeitstechniken, Fremdsprachen, Branchenwissen
- Vorstoss in Vorbereitung

Beilagen:

- Dringliches Postulat Späth: Verordnung Berufsbildungsfonds (131/2009)
- Dringliches Postulat Rusca: Zweijährige Grundbildung mit Berufsattest in der kantonalen Verwaltung (129/2009)
- Anfrage Rusca: Anschluss an Arbeitsmarkt nach der Lehre (61/2009)
- Dringliches Postulat Mäder: Keine Entlassung von Lehrabgängern in die Arbeitslosigkeit (130/2009)
- Postulat Gschwind: Coaching für Erwerbslose mit längerer Berufserfahrung (162/2009)
- Motion Margreiter/Gerber-Rüegg/Derisiotis: Rahmenkredit Bildungsgutscheine für Lehrabgängerinnen & -abgänger: 100 Millionen für die Höhere Berufsbildung im Kanton Zürich (158/2009)

4. Säule: Den Strukturwandel und die Diversifikation des Standortes Zürich aktiv begleiten (langfristig)

Claudia Nielsen, Gemeinderätin SP Stadt Zürich

Stadt Zürich: Aktive Begleitung des Strukturwandels

Eine grosse Stadt kann mehr Pionierleistungen erbringen als eine kleine Gemeinde. Sie muss es notgedrungen aber auch, weil sie durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen früher und stärker betroffen ist. Wenn die städtische Wirtschaft kriselt, so trifft es nicht nur die Stadt, sondern den ganzen Kanton und so sitzen wir gerade jetzt alle im gleichen Boot. Dagegen hat eine Stadt konjunkturpolitisch wenig in der Hand, ihre Mittel sind vor allem in der Standortpolitik.

Die Krise der Finanzindustrie trifft logischerweise Zürich in besonderem Mass. Ein substantieller Teil der Arbeitsplätze wie des Steueraufkommens hängt vom Finanzplatz ab. Der Einbruch im Investment-Banking und das abrupt obsolet gewordene Bankgeheimnis lösen einerseits eine Umschichtung innerhalb des Finanzplatzes aus und verstärken andererseits den Bedarf an Diversifikation. Diese beiden Themenfelder sind mit unterschiedlichen Massnahmen zu adressieren.

Ein Teil der Finanzbranche steht trotz düsterer Wirtschaftslage gut da und profitiert gar von der Krise. Gut positioniert sind momentan jene Institute, die mit Realwirtschaft und Binnenmarkt eng verknüpft sind. Andere leben nicht schlecht vom Bankgeheimnis, die meisten können sich aber auf eine Zukunft nach Bankgeheimnis einrichten. Für Genf oder Lugano mit ihrem anders strukturierten Finanzplatz ist der Fall des Bankgeheimnisses weit folgenschwerer als für Zürich. Damit der Übergang abgefedert werden kann, muss die öffentliche Hand fordern und fördern, unter anderem durch Forschung, unabhängige Thinktanks, Beratung sowie politische Leitplanken und Vorgaben. Der Handlungsspielraum der städtischen Hand ist beschränkt – umso mehr muss sie sich auf kantonaler und eidgenössischer Ebene verlauten lassen. Ziel ist, die Qualitäten des Finanzplatzes so zu stärken, dass er in Zukunft ein zuverlässiges Wirtschaftsstandbein für Stadt und Kanton bleibt. Viele Angestellte, deren Arbeitsplatz in der Stadt Zürich ist, wohnen in der Agglomeration. Viele Kleinbetriebe im Kanton hängen direkt vom Gedeihen des Finanzplatzes in der Stadt ab.

Ebenso wichtig wie der geordnete Übergang aus der Krise des Finanzplatzes ist es, andere Wirtschaftsbereiche zu stärken und ihnen – im übertragenen und realen Sinn – Raum zu verschaffen. Dafür gibt es eine Reihe geeigneter, sich teilweise überschneidender Bereiche.

- Wissen und Innovation: Neben hochstehenden Hochschulen braucht es weitere Technoparks ausserhalb der Zentren Zürich und Winterthur, Räume für Unternehmen und Projekte in Gründung, Forschung zur Zukunft des Wirtschaftsstandortes Zürich, ein grosses Kongresszentrum, niederschwellige Bildungseinstiegsangebote.
- Kultur und Kreativwirtschaft: Hier soll die öffentliche Hand vor allem Räume bieten, auch Provisorien wie das Containerdorf, die Clusters ermöglichen. Dafür braucht es auch administrativ-bürokratische Erleichterungen.
- Gemeinnütziger Wohnbau: Die Stadt Zürich ist mit einem Anteil von 25 % Pionierin. Der gemeinnützige Wohnbau birgt ein grosses Innovations- und Verdichtungspotential im Vergleich zu anderen Wohnformen. Hier besteht insbesondere in der Agglomeration Handlungsbedarf.
- Pflege und Care-Ökonomie: Dies ist der eigentliche Wachstumssektor, denn Produktivitätssteigerungen sind hier nur zu einem hohen individuellen und gesellschaftlichen Preis zu haben. Je stärker der Strukturwandel desto weniger werden die Leistungen in diesem Bereich unbezahlt von Frauen erbracht. Neue Konzepte tun not.
- Klein- und Kleinstgewerbe: Diese Betriebe spielen in der nahräumlichen Versorgung eine herausragende Rolle und sind vom Strukturwandel oft wenig betroffen. Wichtig ist der Zugang zu zahlbaren und nahe bei den KonsumentInnen liegenden Räumen. Die Gründung neuer Betriebe muss einfach sein und die Finanzierung auch bei kleinen Beträgen zugänglich. Mikrokredite samt fachlicher Begleitung, wie es etwa die Stiftung Go anbietet, brauchen grössere Verbreitung.

- 2000 Watt-Gesellschaft: Auch ausserhalb der Konjunkturprogramme leistet diese neue Weichenstellung Strukturumstellungshilfe. Die Investitionen in die Versorgung mit umweltschonender Energie und in die Gebäudesanierung löst im Gewerbe einen eigentlichen Schub aus. Die Stadt Zürich wird beispielsweise im September – als konkrete Folge zu 76 % Ja zur 2000 Watt-Abstimmung im letzten November – über 180 Millionen für den Bau umweltschonender Heiz- und Kühlanlagen abstimmen. Die Aufträge dafür werden ein zuverlässiges Auftragsvolumen für innovative Unternehmen generieren.

In vielen dieser Themen kommt der Stadt als Zentrum und als Pionierin eine besondere Verantwortung zu und es lässt sich hoffen, dass andere Gemeinden und Kanton den Ball aufnehmen. Gleichzeitig haben Gemeinden und Kanton ein vitales Interesse daran, dass dies ihrem Zentrum gut gelinge. Die Finanz- und Wirtschaftskommission der SP Kanton Zürich, die sich aus VertreterInnen verschiedener Gemeinden zusammensetzt, bearbeitet die Konkretisierung von Ideen.

5. Säule: Reform des Finanzsektors (langfristig)

Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin SP, Präsidentin des Zürcher Gewerkschaftsbundes (GBKZ)

Die Finanzbranche hat uns einen grossen Teil der aktuellen Krise eingebracht. Um solche Krisen künftig zu vermeiden, muss die Politik ihre Lehren ziehen und entsprechend handeln.

Wir erwarten von der **Regierung**, dass sie sich viel stärker als bisher in allen Gremien und auf allen Ebenen einsetzt, welche die Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes Zürich stärken. Angesichts der Krise sind strengere Regulierungen bezüglich Eigenmittel und Umgang mit Risiken zu fordern, die Aufsicht über die Finanzinstitute ist zu stärken und es sind Lohnsysteme ohne schädliche Anreize zu installieren.

Die ökonomisch fragwürdige Entlohnung für das Management der Grossbanken hat 2007 zur Krise geführt. Das verhängnisvolle Bonisystem wurde vor allem in den Grossbanken praktiziert, war aber beispielhaft für die ganze Wirtschaft. Der Krise begegnen, aus ihr lernen und sie bewältigen, heisst auch bei den Lohnsystemen ansetzen. Hier steht der **Kantonsrat** mit seiner politischen Verantwortung für die Zürcher Staatsbank, die drittgrösste Bank der Schweiz, in der Pflicht.

Die Zürcher Kantonalbank erwirtschaftete im Finanzkrisenjahr 2008 einen Ertrag von 503 Millionen Franken. Sie hat die Finanzkrise viel besser überstanden als die Grossbanken. Das Geschäftsmodell der staatlichen Spar-, Kredit- Geschäfts- und Vermögensverwaltungsbank mit gesetzlich definiertem Leistungsauftrag für den Wirtschaftsraum Zürich hat sich grundsätzlich bewährt.

Dass die ZKB trotzdem von problematischen Entwicklungen nicht gefeit ist und offensichtlich auch hier falsche Anreize bestehen, haben die Vorgänge unter der Ägide von Hans Vögeli gezeigt, während der der lokale Handel mit Aktienderivaten und mit strukturierten Instrumenten massiv ausgedehnt worden ist. Der grosse Skandal um die Sulzer-Optionen ist von Derivathändlern zu verantworten, deren Geldgier durch falsche Anreize im Entlohnungssystem angeheizt worden ist. Sie liessen dazu verleiten, die Interessen eines für die Zürcher Volkswirtschaft bedeutenden Industriebetriebes und langjährigen Kunden zu verraten.

Obwohl es dank der politischen Kontrolle gelungen ist diesen Kurs zu ändern, ist das kein Grund, nun die Hände in den Schoss zu legen. Die Bevölkerung und die Kundinnen und Kunden der ZKB sollen die Gewissheit haben, dass die Staatsbank ethisch vertretbare Löhne bezahlt, die einen nachvollziehbaren Bezug zu nachhaltiger Leistung herstellen. Darum soll sich der Kantonsrat mit der Entschädigungspolitik der Zürcher Kantonalbank befassen und die Grundzüge für ein für alle Angestellten gültiges Entschädigungsreglement genehmigen. Die SP wird am nächsten Montag eine entsprechende Parlamentarische Initiative einreichen. Sie finden unseren Vorschlag mit Begründung in den Beilagen.

Beilagen:

- Parlamentarische Initiative Gerber Rüegg: Entschädigungspolitik der ZKB

Die Zukunft hat Vorrang – der Blick über die Krise hinaus

Nicolas Galladé, Fraktionspräsident SP

Was wir hier fordern sind Massnahmen und Investitionen, die einerseits kurzfristig konjunkturwirksam sind, gleichzeitig aber leisten sie einen Beitrag zum wirtschaftlichen Umbau: Projekte für erneuerbare Energien, Umschulung und Weiterbildungen sowie Infrastrukturen für neue Branchen. Diese Investitionen kosten Geld und führen zu kurzfristigen Defiziten. Diese Defizite sind aber keine Belastung für die folgende Generation wie dies Bürgerliche gerne behaupten, sondern es handelt sich im Gegenteil um Investitionen in die Zukunft und in die folgenden Generationen (Beispiel kostendeckende Einspeisevergütung auf erneuerbaren Energien). Wir sollten uns mehr um die Perspektiven 2020 als um das Budget 2010 sorgen.

Es ist an sich positiv, dass die Regierung im Rahmen der sog. Finanzstrategie die Perspektive eher langfristig ansetzt und nicht auf kurzfristige Budgetkosmetik macht. Allerdings werden erst die kommenden Budgets zeigen, ob sie es damit ernst meint. Im Moment spielt die Regierung primär auf Zeit.

Wenn die Krise ausgestanden ist, wird sich zeigen, mit welchen Massnahmen Budgets auszugleichen oder auch die Schulden aus der Krise zu verringern sind. Wir werden uns dieser Auseinandersetzung zum gegebenen Zeitpunkt stellen.

Wie gesagt: Wir müssen jetzt handeln und die Krise ist erst ausgestanden, wenn der Finanzplatz stabilisiert ist, die Wirtschaft real wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die strukturellen Folgen der Krise behoben sind.

Abschliessend möchte ich noch mit Nachdruck festhalten, dass unsere Kernforderung, die soziale Gerechtigkeit, gerade in der Krise aktueller denn je ist: Denn wichtiger als jedes Konjunkturprogramm sind regelmässige, Existenzsichernde Löhne für breite Schichten der Bevölkerung. Im engeren Kontext werden wir unsere Forderungen stellen, was die Löhne des Staatspersonals betrifft. Damit erreichen wir zwar Signalwirkung. Mehr nicht. Unser Engagement für anständige Löhne, die keine „working poor“ in der Mitte unserer Gesellschaft zulassen, werden wir konsequent aufrechterhalten. Nur eine sozial gerechte Gesellschaft kann auch eine zukunftsgerichtete Gesellschaft sein.

Beilagen:

- Anfrage Annen: Einspeisevergütung für Photovoltaik (290/2008)
- Parlamentarische Initiative Bättig/Spring/Hächler: Anpassung des Energiegesetzes (88/2009)

PARLAMETARISCHE INITIATIVE

von Julia Gerber Rüegg (SP Wädenswil), Monika Spring (SP, Zürich) und Ruedi Lais (SP, Wallisellen)

Betreffend Entschädigungspolitik der Zürcher Kantonalbank

Das Kantonalbankgesetz wird wie folgt geändert:

Kantonsrat

§ 11. Abs. 1 unverändert.

² Dem Kantonsrat obliegt:

Ziff. 1–6 unverändert.

7. die Genehmigung des Reglements über die Entschädigungspolitik der ZKB.

Kantonsrätliche Kommission

§ 12. Abs. 1 und 2 unverändert.

³ Der Kommission obliegt insbesondere:

Ziff. 1–6 unverändert.

7. die Überwachung der Einhaltung des Reglements über die Entschädigungspolitik der ZKB.

Abs. 4 unverändert.

Bankrat

§ 15. Abs. 1–3 unverändert.

⁴ Dem Bankrat steht zu:

Ziff. 1–7 unverändert.

8. der Erlass des Reglements über die Entschädigungspolitik der ZKB, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat.

Ziff. 9–14 unverändert.

Entschädigungspolitik der ZKB

§ 23a. ¹ Die ZKB ist eine verlässliche und sozial verantwortliche Arbeitgeberin.

² Sie beachtet bei ihren finanziellen Anreizsystemen stets deren Auswirkungen auf die Gesamtrisiken der Bank.

³ Das Reglement über die Entschädigungspolitik der ZKB regelt

- a) die Entschädigungen der Mitglieder des Bankrats,
- b) die Entschädigungen der Mitglieder der Generaldirektion,
- c) das maximal zulässige Verhältnis zwischen der niedrigsten und der höchsten Entschädigung für Angestellte der Bank
- d) das maximal zulässige Verhältnis des variablen Lohnbestandteils zum Grundsalar für Angestellte der Bank.

Begründung

Die Zürcher Kantonalbank ist eine selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts. Ihr Grundkapital besteht aus dem Dotations- und dem Partizipationskapital. Das Dotationskapital wird der Bank vom Staat zu den Selbstkosten zur Verfügung gestellt. Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen.

Die Bank steht unter der Oberaufsicht des Kantonsrates. Mit anderen Worten der Kantonsrat hat bezüglich der Zürcher Kantonalbank eine dem Aktionariat vergleichbare Rolle. Allerdings ist die Verantwortung des Kantonsrates viel weit reichender, als die Verantwortung von Aktionärinnen und Aktionären, einer privaten Bank, weil die Kantonalbank bedingungslose Staatsgarantie genießt.

Ob Privat- oder Staatsbank, einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren für jede Bank ist die Integrität und die Fachkompetenz ihrer Angestellten, vom CEO bis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Backoffice, von der qualifizierten Börsenmaklerin oder vom ausgebildeten Portfoliomanager bis zu den angeleiteten Mitarbeitenden im Hausdienst. Sie alle sind höchster Vertraulichkeit und Arbeitsqualität verpflichtet. Erst ein gutes

Zusammenspiel zwischen allen Bankangestellten, die sich mit ihrer Bank identifizieren und ihr auch als Arbeitgeberin vertrauen, führt zu einem soliden Geschäftserfolg und zu einer optimalen Leistung im Sinne der Kundschaft und des Kantons Zürich. Ein wesentlicher Faktor, dies zu erreichen ist ein Lohnsystem, das transparent ist und in dem das Verhältnis vom tiefsten ausbezahlten Lohn zur höchsten Entschädigung in einem nachvollziehbaren und zu rechtfertigenden Verhältnis steht.

Der Vorschlag, das Verhältnis der zwischen der tiefsten und der höchsten Entschädigung im Grundsatz festzulegen, wird bereits mit Erfolg praktiziert, zum Beispiel von der Berner Kantonalbank (Siehe <http://www.bekb.ch/de/bekb-geschaeftsbericht-corporate-governance.pdf><http://www.bekb.ch/de/bekb-geschaeftsbericht-corporate-governance.pdf>).

In der herrschenden Finanzkrise fanden grosse Kapitalverschiebungen von den Banken mit einem über Gebühr deregulierten Lohnsystem zur Zürcher Kantonalbank statt. Das zeugt von einem grossen Vertrauen in die ZKB und ihre Aufsichtsorgane. Dieses Vertrauen ist eine Aufforderungen an die Politik, das Qualitätsmerkmal „Lohnpolitik“ bei der Zürcher Kantonalbank mit grösserer Aufmerksamkeit als bisher zu verfolgen und die entsprechenden Leitplanken zu setzen. Darum soll das durch den Kantonsrat schon bisher zu genehmigende Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Bankrates ausgeweitet werden in ein Reglement über die Entschädigung der Mitglieder der Bankrates und die Besoldung der Angestellten der Zürcher Kantonalbank. Zudem sollte der jährliche Geschäftsbericht der ZKB immer auch einen jährlichen Vergütungsbericht enthalten.

Sinngemäss hat die ZKB auch auf eine entsprechend verantwortungsvolle Entschädigungspolitik bei allen von ihr beauftragten Unternehmungen zu achten, an der sie eine massgebliche Beteiligung hält

Julia Gerber Rüegg

Monika Spring

Ruedi Lais